

Bierteljähriger Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11½ Sgr. Insertionsgebühr für den
Raum einer fünfseitigen Zeile in Petitformat
1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße N° 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer

Mittagblatt.



Zeitung.

Sonnabend den 23. Februar 1856.

Nr. 92

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

London, Sonnabend Nachts, den 23. Febr. Das Oberhaus verhandelte die Frage, betreffend die lebenslängliche Parie Wensleydales. Bei der Abstimmung blieb die Regierung einmal mit 31, das anderthalb mit 35 Stimmen in der Minorität.

Paris, 22. Februar. Der Großvizekonsul Aali Pascha ist heute Nachmittag hier eingetroffen.

Paris, 22. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die 3pt. Rente eröffnete zu 73, 20, wuchs auf 73, 05, sank auf die Nachricht, die englische Anleihe sei zu 90 emittiert worden, bis auf 73, hob sich aber später auf 73, 45 und schloss zu diesem Course bei ziemlich starken Umsätzen in fester Haltung. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91½, von Nachmittags 1 Uhr 91½ gemeldet. — Schluss-Course:

3pt. Rente 73, 45. 4½pt. Rente 96, —. 3pt. Spanier 38. 1pt. Spanier. — Silber-Anleihe 88%. Dörfert. Staats-Eisenb.-Aktien 897. Credit-Mobilier-Aktien 1556.

London, 22. Februar, Nachmittags 3 Uhr. An der Börse versicherte man, Rothschild habe die neue Anleihe zu 90 abgeschlossen.

Consols 91%. 1pt. Spanier 23½. Mexikaner 20%. Sardinier 89.

3pt. Russen 104. 4½pt. Russen 92½.

Wien, 22. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Die Kredit-Institut hat sich an der Linzer Eisenbahn zu ½ beteiligt. — Schluss-Course:

Silber-Anleihe 86. 5pt. Metall. 82½. 4½pt. Metalliques 72½.

Dörfert. Aktien 1018. Nordbahn 266. 1839er Loos 134½. 1854er Loos 105%. National-Antlehen 84. Dörfert. Staats-Eisenbahn-Aktien-Gert. 257. Bank-Int.-Schein 250. Credit-Akt. 297%. London 10, 15. Augsb. 104%. Hamburg 76%. Paris 121%. Gold 9%. Silber 6½.

Frankfurt a. M., 22. Februar, Nachmittag. 2 Uhr. Flache Stimmung für Eisenbahn- und Darmstadt-Bank-Aktien, sowie für einige österreichische Fonds. Geschäft lebhaft, Umsatz ziemlich beläufig. — Schluss-Course:

Neueste preußische Anleihe 113%. Preußische Kassensteine 105%. Köln-Windener Eisenbahn-Aktien — Friedrich-Wilhelms-Nord. 62. Ludwigs-

hafen-Derbach 160%. Frankfurt-Sanau — Berliner Wechsel 105% Br. Hamburger Wechsel 88%. London Wechsel 119%. Paris Wechsel 94.

Amsterdam Wechsel 100% Br. Wien Wechsel 115%. Frankfurter Bank-Anteile 120. Darmst. Bank-Aktien 329%. 3pt. Spanier 38. 1pt. Spanier 23½. Kurhessische Loos 39%. Badische Loos 48. 3pt. Metalliques 79%. 4½pt. Metall. 70%. 1854er Loos 101%. Österreich-National-Antlehen 80%. Österreichisch-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 293. Dörfert. Bank-Anteile 1173. Österreichische Credit-Aktien 149%.

Amsterdam, 22. Februar, Nachmittags 4 Uhr. Börse lebhaft. —

Schluss-Course:

5pt. Österreich. National-Antleihe 77%. 5pt. Metalliques Litt. B. 82%. 5pt. Metall. 76%. 2½pt. Metalliques 39%. Österreich-Credit-Aktien — 1pt. Spanier 23½. 3pt. Span. 38. 5pt. Stiegliß 88. 5pt. Stiegliß de 1855 89%. 4pt. Polen — Mexikaner 20%. London Wechsel, kurz — Wiener Wechsel — Hamburg. Wechsel, kurz — Petersburger Wechsel — Holländische Integrale 63%.

Hamburg, 22. Februar, Nachmittags 2½ Uhr. Börse fest bei geringem Umsatz. Credit-Aktien 149. Eisenbahn-Aktien 890. — Schluss-Course:

Preußische 4½pt. Staats-Anleihe 100. Preuß. Loos 111 Br. Österreichische Loos 120. 3pt. Spanier 35%. 1pt. Spanier 22%.

Russische Stiegliß de 1855 89%. Berlin-Hamburger 111%. Köln-Windener 163. Mecklenburger 55%. Magdeburg-Wittenberge 46%.

Berlin-Hamburg 1. Priorität 102%. Köln-Windener 3. Priorität 90. Disk. 5% pt. London lang 13 Mrk. 3 Shill. notiert, 13 Mrk. 4 Sh. bez. London kurz 13 Mrk. 6% Sh. not., 13 Mrk. 7½ Sh. bez. Amsterdam 36, 00.

Wien 79.

Großherzogtum Sachsen-Weimar-Stolberg. Weizen still, unverändert. Roggen fest, still. Getreide Markt. Weizen still, unverändert. Roggen fest, still. Öl pro Februar 31, pro Mai 30%, pro Oktober 27%. Kaffee unverändert.

Liverpool, 22. Februar. Baumwolle: 8000 Wallen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Telegraphische Nachricht.

Paris, 22. Februar. Graf Orloff ist gestern hier eingetroffen.

Vom Kriegsschiffplatz.

[Die Sprengung des Forts Nikolaus.] Auf dem engl. Kriegsmuseum ist folgende Depesche des Generals Godrington eingelaufen:

Sebastopol, 4. Februar.

Mylord! Marschall Nellysier zeigte mir vor einigen Tagen an, daß heute die Zerstörung des Forts Nikolaus stattfinden solle, und that mir später zu wissen, daß man um 1 Uhr Nachmittags zu diesem Zwecke die Minen springen lassen werde. Von dem inneren Wände des Sägemehrturms und von anderen Punkten innerhalb der russischen Linien läßt sich der ganze Hafen gut übersehen. Es war ein herrlicher, klarer Tag. Jede russische Schilf-wache auf der Nordseite, jede Arbeiter-Abteilung, jeden russ. Soldaten, der sich behaglich sonnte, konnte man unterscheiden. Von Zeit zu Zeit fiel eine feindliche Kugel oder Bombe in die Stadt; sonst jedoch störte nichts das gewohnte Bild der Ruhe, fast könnte man sagen, der Verödung. Auf unserer (der Süd-) Seite blickten wir auf die in Trümmern liegenden großen Kasernen nieder, wie auf die innere Bucht der Docks, auf die Quais und die Nebenbleibsel des Forts Paul, und auf die geräumige Abweitung des Hafens zu unserer Linken, wo die dachlosen Häuser des eigentlichen Sebastopols stehen. Es befinden sich daselbst außerdem die wohlbekannte lange Spitzbogen-Linie, die Kasematten im Inneren des Forts Nikolaus, dessen Schießscharten in doppelter Reihe seewärts blicken. Das Fort Nikolaus stand auf einer in den Hafen vorspringenden Landzunge, während das Fort Konstantin auf der Nordseite ein ähnliches, jedoch mehr nach außen gelegenes Vertheidigungswerk gegen einen Angriff von der See her bildet. Das Schauspiel und das Gefühl der Erwartung waren von großem Interesse, indem ein neuer handgreiflicher Beweis der Machtu. des Erfolges geliefert werden sollte, u. 110000 Pfds. Pulver sich in den verschiedenen Minen befanden. Zur festgestellten Stunde wälzte sich eine schwärze und dichte Rauchwolke zur Linten des Gebäudes hin; eine zweite folgte; dann drang der dumpfe Knall zu unseren Ohren; Steine flogen himmelwärts und ins Meer; die Explosionen auf der äußersten Rechten und im Centrum wurden nach einigen Augenblicken durch eine einzige dahintreibende Wolke bezeichnet, welche die unten stattgehabte Zerstörung verbüllte. Der Sonnenchein spielte lieblich auf der Rauchmasse, deren unterer Theil lang und schwer auf ihrem Ofen lag. Die über die Trümmer der Stadt dahinwähende Brise zeigte, daß eine niedrige Trümmer-Linie alles war, was von dem Stolze des Forts Nikolaus übrig blieb, und daß eine beständige Drohung des Hafens unter seinen Gemässen begraben lag. Über den Zustand der Docks habe ich mich in meinen Briefen ausführlich ausgesprochen. Sie sind sämmtlich zerstört, während das Erdreich in ihrer Umgebung von Spalten zerissen ist. Das Bassin, die Docks, Massen zerborstener Granithölzer, Thore, Eisenstangen und Balken liegen in wüster Unordnung als ein Bild der Zerstörung da.

W. G. Godrington.

Preussen.

Berlin, 22. Februar. Se. Majestät der König nahmen gestern Vormittag die gewöhnlichen Vorträge entgegen. Abends wohn-

ten Allerhöchsteselben mit Ihrer Majestät der Königin der Aufführung des Oratoriums „Paulus“ in der Sing-Akademie bei. (St.-Anz.)

Berlin, 21. Februar. [Handels- und Schiffahrts-Vertrag mit der Regierung von Mexiko.] Dem Abgeordnetenhaus ist ein von der Staats-Regierung mit der mexikanischen Regierung unter dem 10. Juli 1855 abgeschlossener Handels- und Schiffahrts-Vertrag zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt worden.

Aus der beigelegten Denkschrift ergibt sich, daß die mexikanische Regierung in Folge einer am 30. Januar 1854 erlassenen Schiffahrts-Acte, wonach allen nicht unter der Flagge Mexikos oder

unter der Flagge des Ursprungslandes eingeführten Waaren ein Zollzuschlag von 5 p.Ct. ausgelegt ward, sämmtliche mit auswärtigen Staaten geschlossene Handelsverträge, und somit auch den mit Preußen am

18. Februar 1851 geschlossenen Handels- und Schiffahrts-Vertrag geäußert hatte, und daß dadurch die Abschließung eines neuen Vertrages erforderlich geworden ist, um die Interessen des preußischen Handels zu sichern. Wie sehr dieser gerade hierbei betheiligt ist, ergibt sich daraus, daß sich der Werth der Gesamt-Einfuhr in der Republik Mexiko auf 23 Millionen pr. Thlr. beläuft, und daß an dieser Einfuhr nächst Großbritannien Deutschland den größten Anteil mit 5½ Millionen preuß. Thlr. hat, von denen mindestens 4½ Millionen auf zollvereinästische Erzeugnisse entfallen. Die Ausfuhr Mexikos beträgt dagegen nur ungefähr 2½ Millionen, und es bezahlt dafür seine Importe zum größten Theile mit dem durchschnittlich auf 30 Millionen Thaler jährlich veranschlagten Ertrag seiner Minen in vollgültig ausgeprägten Silberpiastern oder Pesos.

Da die übrigen Zollvereinstaaten, mit alleinigem Ausschluß Hannovers, welches mit Rücksicht auf einen früheren Vertrag die Beteiligung abgelehnt hat, dem Vertrage sich angeschlossen haben, so ist derselbe seitens Preußen gleichzeitig für dieselben abgeschlossen worden.

Von den 18 Artikeln des Vertrages hat der Art. 11, welcher die gegenseitige Zusicherung ungestörter Religionsausübung für die beiderseitigen Unterthanen stipulirt, ein allgemeineres Interesse.

In der Denkschrift wird in dieser Beziehung bemerkt, daß der Antrag auf Gestattung der öffentlichen Aussübung des evangelischen Gottesdienstes von der mexikanischen Regierung wegen des stets festgehaltenen Grundzuges der Ausschließlichkeit des katholischen Kultus bisher noch jederzeit abgelehnt worden ist, und

dass es auch aller Bemühungen ungeachtet bei den gegenwärtigen Verhandlungen nicht gelungen ist, diese Konzession zu erwirken.

[Vom Landtag] Der Gesetzentwurf, das Verfahren gegen ausgetretene Militärflichtige und gegen beurlaubte Landwehrmänner,

welche ohne Erlaubnis auswandern, hat in der Fassung des Herrenhauses die Zustimmung der betreffenden Kommission des Abgeordneten-Hauses gefunden, mit Ausnahme des vom Herrenhause zugefügten Publicationsformel.

In Betreff der letzten beruft sich die Kommission auf einen am 7. Januar 1854 von dem Hause gefassten Plenarbeschluß, welcher die Festsetzung dieser Formel als ein der Krone zustehendes Recht anerkannte.

Die Kommission für das Justizwesen des Abgeordneten-Hauses hat die Regierungs-Vorlage, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, erheblich modifiziert und unter Anderem auch den Heraufsetzung des Minimalzuges der Zuchthausstrafe von 2 Jahren auf 1 Jahr nicht zugestimmt.

Den von der Staatsregierung in den ihrer Vorlage beigegebenen Motiven gegen die Abkürzung der Freiheitsstrafen durch Strafschärfungen ausgesprochenen Grundsatz glaubte die Kommission einer Erörterung unterworfen zu müssen und behielt sich dieselbe bei der Beratung der mit dieser Frage zusammenhängenden Petitionen (wegen Wiedereinführung der Prügelstrafe) vor.

Graf Pfeil, das Mitglied des Abgeordneten-Hauses, hat den Antrag gestellt: „Petitionen an das Haus müssen gedruckt und in einer der Mitgliederzahl entsprechenden Menge von Exemplaren eingereicht werden.“

Im Herrenhause ist der Kommissionsbericht über die Änderungen des Strafgesetzbuchs ebenfalls ausgegeben worden und hat auch dort die Regie-

rungsvorlage vielfach mit den Kommissionsbeschlüssen des andern Hauses zum Theil vereinstimmend Modifizierungen erfahren. Die Kommission schloß sich dem von der Staatsregierung aufgestellten Prinzip der gänzlichen Ausschließung der Qualifikation nicht an, spricht vielmehr den Wunsch aus, daß die Staatsregierung die Frage „bei welchen Strafen und in welcher Art und Masse Qualifikationen einzuführen sein möchten?“ in weitere Erwörterung ziehen und eventuelle Gesetzesvorlagen darauf gründen möge.

Der Antrag des Grafen Voß-Büch wegen Beschränkung der allgemeinen Wehrsfähigkeit, ist unter Zustimmung des Regierungs-Kommissars von der Kommission des Herrenhauses verworfen.

C. B. [Projektire Kredit-Institute.] Die Mitglieder der beiden Komite's, welche die Errichtung einer Kredit-Institution für Preußen beabsichtigen, haben gemeinschaftlich Personen ernannt, welche Vorschläge zur Fusion der beiden Projekte entwerfen sollen. Wenn eine Verständigung hierüber, wie die Beteiligten hoffen, zu erzielen sein sollte, so würden beide Komite's ihre Gefüge um Konzessionierung zurückziehen und das zu vereinbarende gemeinschaftliche Statut demnächst beßrufs Erlangung der Konzession einreichen.

Zwischen den Persönlichkeiten, welche in Breslau zusammengetreten sind, um dort ein provinziales Kredit-Unternehmen zu begründen und denen, welche hier an der Spitze des Kreditinstitutes für die Interessen des Grundbesitzes stehen, sind Verhandlungen erfolgt, welche eine Vereinigung des provinzialen Unternehmens mit dem allgemeinen preußischen Kredit-Institute zur Folge haben. Sie befinden sich gegenwärtig aus Breslau die Kommerzienräthe v. Böbbek und Heimann hier, um die betreffende Verbindung beider Unternehmen zu bewerkstelligen.

Dass auch in dem Komite für das Interessen der Industrie gewidmete Kredit-Institut Stimmen für eine Fusion laut geworden, haben wir gestern erwähnt.

Es stellen sich derselben jedoch zur Zeit erhebliche Hindernisse in den Weg. Ehe höchsten Orts eine Entscheidung gefällt sein wird, dürfen immerhin noch einige Wochen vergehen.

C. B. Von der preußisch-russischen Grenze, 18. Februar. Die Störungen, welche der Verkehr durch die Grenzperre zur Abwehr der Niederestadt erleidet, sind ganz unglaublich.

Leider wird die Maßregel in Folge der immer größeren Ausdehnung der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert. So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert. So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert.

So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert.

So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert.

So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert.

So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert.

So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert.

So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert.

So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert.

So eben ist von der Regierung zu Marienwerder mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Krankheit in Polen und Russland täglich erweitert.

sperrt. Noch härtere Kalamitäten bringt die Unkenntniß der Leute. Nicht weit von der Grenze bei dem Orte Poln.-Leibitsch fand man vor einigen Tagen die Leiche eines schönen jungen Mädchens, die auf dem Wege zu ihren Verwandten von einem im Patrouillendienst begriffenen Soldaten erschossen wurde. Der Geliebte des Mädchens, über ihr Ausbleiben beunruhigt, wollte sie aufsuchen und fand die Leiche. Sie hatte den für den Verkehr freigegebenen Weg verlassen und trod der erhaltenen Warnung die verbotene Straße eingeschlagen. — Zu der Kinderfest kommt noch die Rokokokrankheit unter den Pferden, die jetzt auch in Warlubien im Schweizer Kreise ausgebrochen ist. Eben so ist der Ausbruch der Druse unter den Pferden in Massaken bei Rheden amlich konstatiert.

Deutschland.

Stuttgart, 20. Februar. Heute fand die Eröffnung der Ständeversammlung statt. Sowohl der König als die Königin wohnten dem der Eröffnung vorangehenden Gottesdienst in der Stiftskirche persönlich bei. Bei der Eröffnung im Ständesaal wurden zuerst die erstmals eintretenden Mitglieder beider Kammer beeidigt und die früher schon eingetretenen auf den geleisteten Ständedei hingewiesen. Die auf die auswärtigen Verhältnisse bezügliche Stelle der Thronrede, welche der Minister des Innern, Freiherr v. Linden, verlas, lautet nach dem „Würtemb. Staats-Anzeiger“: „Hohe Versammlung

glauben könne, daß, da die Presse in Frankreich ganz in den Händen der Regierung sei, diese den Artikel der „Debats“ inspirirt habe. — Eine gräßliche Mordthät, die an die Geschichte der Herzogin von Choiseul Praslin erinnert, wurde heute Nachts in dem Hause der Champs Elysees Nr. 68 verübt. Die Ermordete gehört zu den vornehmsten Familien Frankreichs. Es ist die Herzogin von Chaumont Laforce, Gemahlin des Senators dieses Namens. Ein Gärtner soll die That verübt haben. Auf das Hilferufen der Herzogin eilte ihre Dienerschaft herbei, und es gelang ihr, sich des Mörders, der sein Opfer nach dem Holzstalle geschleppt hatte, zu bemächtigen. Dunkle Gerüchte cirkuliren. Man erinnert sich, daß der Herzog von Chaumont Laforce (der die herzoglichen Familien von Chaumont und Laforce in seiner Person vereinigt) sich Börsen-Spekulationen hingab, daß er 1848 sein ganzes Vermögen und einen Theil des Vermögens seiner Frau verlor, daß letztere kürzlich wegen Misshandlung auf Scheidung klage, daß der Senator dieses sowohl verhinderte, als es auch durchsetzte, daß die Journale nicht davon sprachen, daß seine Frau es jedoch (Berryer vertheidigte sie) durchsetzte, daß sie von Tisch und Bett getrennt wurden. — Heute fand Heinrich Heine's Leichenbegängnis auf dem Kirchhofe Montmartre statt. Eine Anzahl französischer und deutscher Literaten gab ihm das letzte Geleite. Das Leichenbegängnis fand ohne religiöse Feierlichkeit statt.

Großbritannien.

[Parlaments-Verhandlungen vom 19. Februar.] Oberhaussitzung. Earl Grey zeigt an, er werde am Freitag ein Amendment zu dem die Erziehung Lord Wensleydale's zum Peer auf Lebenszeit betreffenden Antrag Lyndhurst's stellen. Dieses Amendment lautet: „Da die höchsten juristischen Autoritäten einstimmig der Ansicht sind, daß der Krone die Befreiung zusteht, Peerswürden auf Lebenszeit zu stiften und da sie in früherer Zeit in einzelnen Fällen von dieser Befreiung Gebrauch gemacht hat, so ist das Haus der Lords nicht berechtigt, das Patent, durch welches der sehr ehrenwerthe Baron Parke zum Lord Wensleydale auf Lebenszeit erhoben wird, als illegal zu betrachten und ihm, von dieser Boraussetzung ausgehend, seinen Platz unter den Peers zu verweigern.“ Für den Fall, daß der Privilegien-Ausschuss das Amendment genehmige, kündigt der edle Lord noch folgende Resolutionen an: „1) Obgleich es urkundlich feststeht, daß vor nicht gar langer Zeit mehrfach Peerswürden auf Lebenszeit an Damen verliehen worden sind, so ist doch in den letzten 400 Jahren kein Fall zu finden, wo ein Bürgerlicher (commoner) durch die Verleihung der Peerswürde auf Lebenszeit ins Oberhaus aufgenommen worden wäre. 2) Da die Verleihung der lebenslänglichen Peerswürde an Lord Wensleydale sich solcherart auf keinen Präcedenzfall aus neuerer Zeit stützt, so thut das Haus wohl daran, wenn es seine Meinung dahin ausspricht, daß es im Allgemeinen nicht ratsam ist, wenn Ihre Majestät ohne Einwilligung des Parlaments von irgend einer jener Prerogative Gebrauch macht, welche der Krone zwar nach dem Buchstaben des Gesetzes aufsehen mögen, von welchen es sich jedoch nicht nachweisen läßt, daß sie anders, als in früheren Zeiten unserer Geschichte, wo unsere Verfassung in mancher Hinsicht noch nicht feststand, ausgeübt wurden. In Erwägung alter Umstände des vorliegenden Falles jedoch kann das Haus, während es dieses Gutachten abgibt, sehr wohl unterlassen, seine Missbilligung hinsichtlich des Verfahrens der vertrauten Diener Ihrer Majestät auszudrücken, in so fern dieselben die Verleihung der lebenslänglichen Peerswürde an Lord Wensleydale anstreben. 3. Die Verleihung von Peerswürden auf Lebenszeit kann in einzelnen Fällen sowohl für das Haus der Lords, als auch für das Publikum von Vortheil sein; die häufige Verleihung solcher Peerswürden jedoch kann sehr leicht Missbräuche veranlassen, wosfern dem nicht durch besondere Vorsichtsmaßregeln vorgebeugt wird. 4. Es ist eine weitere reisliche Erwägung erforderlich, um zu entscheiden, was für Schritte das Haus am besten ergreift, um zu verhindern, daß das dem Lord Wensleydale verliehene Patent als Präcedenzfall für die zukünftige Kreirung von Peerswürden auf Lebenszeit benutzt werde, und um zureichende Wirtschaften gegen den Missbrauch solcher Kreirungen herzustellen.“ Der Earl v. Derby zeigt an, er werde am Donnerstag an die Regierung eine Frage richten über die Pflichten und die Verantwortlichkeit des Staatssekretärs des Kriegs und des Oberbefehlshabers des Heeres. Der Earl v. Hardwick fragt, was die Regierung in Bezug auf die im Hafen von Sebastopol versenkten Kriegsschiffe zu thun gedachte. Lord Panmure entgegnet, man werde nichts verfäumen, was zu ihrer vollständigen Zerstörung beitragen könnte.

Unterhaus-Sitzung. Ein Antrag Mackinnon's auf Einschaltung eines Ausschusses, welcher prüfen soll, in wie fern es ratsam ist, Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern einzuführen, wird genehmigt. Ein Antrag P. King's, das englische Statutarrecht mit Auslassung der außer Brauch gekommenen oder ausdrücklich aufgehobenen Gesetze zum Gebrauche des Hauses drucken zu lassen, wird mit 164 gegen 63 Stimmen verworfen.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Februar. [Der Ministerprozeß in Dänemark.] Wenn der Anklageprozeß in der Amalienburg gegen die abgetretenen Minister nicht doch eine ernste Seite hätte, so gliche wahrlich der ganze Vorgang einem lustigen, späfigen Komödienspiel. Die vorigen Minister, Derstet, Bluhme, Graf Sponeck, Tillisch, Generallieutenant v. Hansen, Contre-Admiral Bille und Scheel (nicht zu verwechseln mit dem jetzigen Minister v. Scheel für Holstein), wurden im Reichstage des vorigen Jahres angeklagt, daß sie, weil sie das vom Reichstage bewilligte Jahresbudget weit überschritten hatten und mit dem Gelde nach Gudtunden verfügten, zur Verantwortung zu ziehen seien. Es wurde nun seitens des Reichstages der höchste Gerichtsadvokat Brok, ein sehr begabter und tüchtiger Jurist, als Actor bestellt und von diesem die Klage formuliert und bei dem höchsten Gerichte gegen die Ex-Minister anhängig gemacht. Der oberste Gerichtshof, dem dieser Fall seiner vergilbten Gesetze wegen neu war, wußte sich anfänglich, wie es schien, nicht darein zu finden, und nach langem Hin- und Her-Debattiren und Verhandeln mit dem Reichstage wurde endlich ein eigenes Gericht konstituiert, welches aus 8 Mitgliedern des obersten Gerichtshofes und aus 8 Mitgliedern der zu diesem Behufe vom Reichstage aus ernannten Deputirten zusammengesetzt ward und den Titel „Reichsgericht“ erhielt. Die Ex-Minister, die anfänglich mit einer gewissen verächtlichen Nonchalance diese gegen sie gerichtete Anklage entgegen nahmen, schritten ihrerseits zur Aufstellung zweier Defensionen, deren Wahl auf den Prokurator Salicath und auf Liebe fiel. Beide Männer sind ebensfalls gut geschulte Juristen. Die Sitzungen dieses Reichsgerichtes begannen nun im vorigen Jahre in eben derselben Abtheilung der Amalienburg, im so genannten kleinen Saale, über welchen der Ex-Minister Bluhme, gegenwärtig Director des Sundzolles, wohnt; und, sonderbar genug, während man nun im ersten Stockwerke (in eben dem kleinen Saale) die Anklage, die auf nicht weniger als Hochverrat gegen diesen Minister lautet, diskutirt, leitet eben derselbe angeklagte Ex-Minister im zweiten Stockwerke als nunmehriger Sundzoll-Direktor die zusammengetretene Sundzoll-Konferenz, zu welcher hervorragende Stellung er von dem jeweiligen Minister des Auswärtigen ad interim und für Holstein und Lauenburg, Herrn von Scheel, ernannt und persönlich von ihm den Mitgliedern dieser Konferenz als diese Stellung einnehmend, vorgestellt worden ist. Also oben präsidirt Herr v. Bluhme der für Dänemark so hochwichtigen Anlegenheit rücksichtlich des bisher ungeschmälert genossenen fetten Bissens des Sundzolles, und unter ihm wird über sein und seiner früheren Kollegen Walten als verantwortliche Minister zu Gericht gesessen. Das wäre die erste Seite der späfigen Komödie. Der frühere Finanzminister Graf Sponeck, entstammend einer armen Familie, die keiner anderen Güter als des Grafen-Titels sich zu erfreuen hatte, trat, wie ein anderer armer Menschensohn, der sich dem Beamtenstande widmet, um gerade leben zu können, in den Staatsdienst, und siehe da — die Göttin Fortuna war demselben so

höld, ihn nach nicht langer im Zollwesen geleisteter Dienstzeit während der Wirren, die vor fünf, sechs Jahren ganz Europa durchheulten und wovon bekanntlich auch Dänemark betroffen ward, sich bis zum Finanz-Minister hinaufschwingen zu lassen. Als der Herr Graf diese so einträgliche Stellung erklimmen hatte, schaffte er sich zuerst ein Reitpferd an, dann nach längerer Zeit wurde dasselbe gegen eine vollständige Equipage vertauscht, und zuletzt, wie Dänemark die Anleihe in England machte, schien die Göttin Fortuna ihren Liebling mit einem ansehnlichen Profiten in Prozenten besonders bedacht zu haben, da, wie man sich erzählt, nun das große Haus in der Kronprinzenstrasse und, was man aber nicht bestimmt weiß, in Südtirol ein großes Gut von ihm angekauft werden konnte. Graf Sponeck, der mit seinen angeklagten Kollegen stand und fiel, erlangte aber wieder die einträgliche Stelle eines General-Zolldirektors. In dieser Eigenschaft fungirte er trotz der Anklage noch immer! Der Ex-Kriegsminister Hansen und der Ex-Marineminister Bille, die mit dem Finanzminister Sponeck rücksichtlich der Geldausgaben am meisten sympathisirten und auf welchen eigentlich die Anklage am schwersten und bedenklichsten lastet, haben jeder seine Stellung, die sie, bevor sie Minister wurden, hatten, beibehalten: Hansen ist General-Lieutenant und Bille Contre-Admiral geblieben. Der alte, gelehrte Herr Dr. Derstet, der nur dem Namen nach als Minister-Präsident unter diesen Ministern fungirte, und, im Grunde genommen, an ihrem Walten und Schalten den wenigsten Anteil und Einfluß hatte, lebt in stiller Zurückgezogenheit, mit der Abschrift gelehrter Werke beschäftigt, hier. Der würdige Mann ist bereits stark in den achtziger Jahren. Tillisch, der frühere Minister des Innern, und der Ex-Justiz-Minister Scheel, leben, da sie Privatvermögen haben, ohne amtliche Stellung und sind, wie Derstet, nur weil sie der Gebahrung der drei anderen Minister: Sponeck, Hansen und Bille, nicht entgegneten und ihre Einwilligung zu den unerlaubten Ausgaben nicht versagten, infolfern befreiigt, daß sie, wenn das Urtheil auf Zahlung der widerrechtlich verausgabten Summen lautet, solidarisch zur Mitzahlung verurtheilt werden können. — Gestern nun hat das Verfahren in dieser Angelegenheit infolfern sein Ende erreicht, als nach genauer Darlegung aller Klage-Umfände der Actor, Advokat Brok, folgende Strafe bei dem Reichsgerichte antrug: „Amtsverlust und Staatsgefängnis für Graf Sponeck, General-Lieutenant von Hansen und Contre-Admiral Bille; Staatsgefängnis oder eine andere Strafe nach Erkenntniß des Reichsgerichts gegen die übrigen angeklagten Minister, so wie Erstattung der in der Anklageschrift aufgeföhrten Summe (nahe an 800,000 Thaler Reichsmünze) in solidum und zur Verhaltung der Zahlung aller auferlaufenen Unkosten.“ Nun ist natürlich Alles auf das Urtheil gespannt, welches wahrscheinlich schon am Montag erfolgen wird. Das Reichsgericht muß sich in so fern spüten, mit diesem Gegenstand fertig zu werden, weil in eben diesem Saale der auf den 1. März zusammenberufene Reichstag tagen wird. (R. 3.)

Schweden und Norwegen.

Christiania, 12. Februar. Der Kronprinz bekommt als Vicekönig von Norwegen eine Zulage von 24,000 Species-Thalern. Für die Zeit, daß er vom Reiche abwesend sein sollte, werden von dieser Summe 4000 Speciesthalern abgezogen, die für Tafelgelder dem in Christiania befindlichen ersten Mitgliede des Staatsrates zufallen.

Amerika.

Newyork, 6. Februar. Im Senate kam gestern die central-amerikanische Angelegenheit wiederum zur Sprache. Hauptredner war Herr Foote. Er erklärte: obwohl er kein Bewunderer Buchanan's sei, so gebe es ihm doch zur Freude, die Art, wie derselbe seine Auslegung des Clayton-Bulwer-Vertrages verfochten habe, zu preisen. Der amerikanische Gesandte in London habe bei dieser Gelegenheit die größte Geschicklichkeit bewiesen. Die gewissenhafte Beobachtung des Vertrages ertheile, daß die englische Regierung sofort jeder auf Grund eines angeblichen Protektorats ausgeübten Okkupation irgend eines Theiles des Mosquitogebiets oder der Seeküste und jeder Herrschaft darüber entsage. Da die Ansprüche Englands auf Central-Amerika und die Kai-Inseln sich weder auf das Recht der Entdeckung, noch der Eroberung, noch des Kaufes, noch eines Vertrages stützen, so sei die Okkupation dieses Gebietes von Seiten Englands offenbar nichts weiter als eine Usurpation und ein gewaltsame Einbruch, und England stehe in rechtlicher Beziehung ganz eben so da, wie der Steaenräuber, welcher den wehrlosen Wanderer anfaßte. Die Ehre des Landes sowohl wie sein Interesse gebiete, daß Amerika auf strenger Erfüllung der Vertragsbestimmungen von Seiten Englands bestehe. Dem Gedenkt, daß man sich den Ansprüchen der englischen Regierung fügen und ihr erlauben könnte, die klaren Bedingungen des Vertrages zu umgehen, dürfe man auch nicht auf einen Augenblick Raum geben. Er schlägt vor, daß der Kongress in einer unumwundenen Erklärung seine Auslegung des Vertrages hinstelle und die Aufforderung, die aus jener Auslegung hervorgehenden Verbindlichkeiten zur Geltung zu bringen. Wenn das nichts helfe und wenn auf dem Wege der Unterhandlungen nicht weiter zu gelangen sei, so werde er einen ähnlichen Vorschlag, wie den von Seward anempfohlenen, machen, den nämlich, daß an England die Aufforderung ergehe, in einer bestimmten Frist die betreffenden central-amerikanischen Gebietsteile zu räumen. Wenn England sich dem nicht füge und alle amerikanischen Aufforderungen unbeachtet lasse, so müsse man die Engländer mit Waffengewalt vertreiben. England müsse wissen, daß es Amerika Ernst mit der Sache sei. Wenn, nachdem man amerikanischerseits so große Mäßigung bewiesen habe, der Krieg komme, so möge er kommen, er werde in den Augen Gottes und der Welt als gerecht erscheinen.

Die Regierung von Granada hat von der Regierung der Vereinigten Staaten begehr, sie möge den Vertreter Granadas in Washington von ihrer Absicht, Truppen der Vereinigten Staaten durch das Gebiet der Republik Granada zu transportiren in Kenntniß segen, damit dieser die Angelegenheit an den Gouverneur von Panama gelangen lassen und es ihm möglich machen könne, Freibeuter-Scharen von den regelmäßigen Truppen der Vereinigten Staaten zu unterscheiden. Die Regierung der Republik hat ferner begehr, daß die amerikanischen Truppen sich während ihres Aufenthalts auf ihrem Gebiete den Landesgesetzen zu fügen haben.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 22. Februar. [Polizeiliches.] Es wurden gestohlen: Breitestraße Nr. 41 4 Thlr. baares Geld, 1 Sommerrock und 1 Paar schwarze Tuchkleider. Malergasse Nr. 8 eine Frauenjacke von blauem Tuch mit schwarzem Bande besetzt. Tauenienstraße Nr. 7 ein Stück Dachrinne von ca. 10—12 Fuß. Tauenienstraße Nr. 3 ebenfalls ein Stück Dachrinne von 4 Fuß Länge. Schweidnitzerstadtgr. Nr. 12 von der hinteren Häusühr mit messigen Klinke. Tauenienstraße Nr. 65 3 Frauenhemden, zwei davon mit Spiken besetzt und gez. E. B. M., 1 ebenfalls mit Spiken besetztes Oberhemd, 1 Nachtkappe u. 2 weiße Unterröcke. Aus dem unverhüllten Billardzimmer eines auf der Matthiastraße belegenen Restaurationslokals ein Bett mit blaukarriertem Überzug. Von einem Rollmagen ein Korb, enthaltend 70 Pfund eiserner Fleisen, im Wert von ca. 40 Thlr. Karlsstraße ein schwarzer Pelz mit blauem Tuchüberzug. Nikolaistraße Nr. 68 150 Thlr. baares Geld, in 1 Thlr. verpackt in 3 Paketen. Breitestraße Nr. 37 ein Bettluch. — Als wahrscheinlich entwendet wurden vor einigen Tagen 1 paar schwarze Tuchkleider polizeilicherseits in Besitz genommen.

[Gerechtliche Verurtheilungen.] Von dem hierigen Königlichen Stadtgericht, Abtheilung für Nebertretungen, wurden verurtheilt: 3 Personen, weil dieselben als Inhaber öffener Lokale ohne polizeiliche Genehmigung Gäste über die Polizeistunde hinaus bewirthet, zu 2 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis. Drei Personen wegen Vermietens von Schlafställen ohne polizeiliche Genehmigung zu 10 Sgr. oder 1 Tag resp. 2 Thlr. oder 3 Tage Gefängnis. Drei Personen wegen Übertretung der Sonntagsfeier zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Fünf Personen, weil sie ihre Hunde ohne Maulkorb auf die Straße gelassen haben, jede zu 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis. Sechs Personen wegen Verübung groben Unfugs, jede zu 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis. Eine Person wegen Entwendung von Gewerbegegenständen, zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Eine Person wegen Aufbewahrung von Stroh an feuergefährlichem Orte, zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen Verlehung des Haarsrechts, zu 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen Verlehung des Lärms verurtheilt, zu 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen unterlassener Aufzucht ihrer Kinder, jede zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Drei Personen wegen unterlassener Aufzucht des Kindes vor ihren Grundstücken, zu 10 Sgr. resp. 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen unbefugten Betriebes des Handels mit gebrauchten Kleidern, zu 33 Thlr. oder 17 Tagen Gefängnis. Eine Person, weil dieselbe von der ihr vorgeschriebenen Reiseroute abgewichen, zu 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen unterlassener Aufzucht ihrer Kinder, jede zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Drei Personen wegen unterlassenen Aufzuchts des Kindes des Niesteins vor ihren Grundstücken, zu 10 Sgr. resp. 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis. Drei Personen, weil dieselben unbefugt auf fremdem Grundstück Sand gegraben, jede zu 1 Tag Gefängnis. Eine Person, weil dieselbe ihren 5 Jahre alten Sohn ohne Aufzucht gelassen, zu 1 Thlr. oder 2 Tagen Gefängnis. Eine Person wegen Auflassens einer Keller-Desfussion, zu 1 Thlr. Eine Person wegen unbefugter Verstellung eines Stock-Degens, unter Konfiszation desselben, zu 1 Tag Gefängnis. Eine Person wegen Fehlversorgung der Kleider, unter Konfiszation der zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen Verlehung groben Unfugs, unter Konfiszation der zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen Verlehung groben Unfugs, unter Konfiszation der zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. (Pol.-Bl.)

Gefängnis. Sechs Personen wegen Besitzes ungeeigneter Brücken-, resp. Balkenwagen und Decimalgewichten, zu 10 Sgr., 1 Thlr. und 2 Thlr. oder 1 und 2 Tagen Gefängnis. Drei Personen wegen unbefugten Handels mit Giftpulpa, zu 2, 3 und 5 Thlr., oder 1, 2 und 3 Tagen Gefängnis. 33 Personen, weil diese ungebührlicherweise ruhestörende Lärme verursacht, resp. groben Unfug getrieben, zu resp. 1 Tag Gef., oder zu 1 Thlr. oder 3 Tagen Gef. 76 Personen wegen Bettelns, zu 1, 3 und 7 Tagen Gefängnis. Zwei Personen wegen Verlezung der Gefinde-Dienstpflichten zu 1 Tag Gefängnis. Eine Person wegen Entwendung von Gewerbegegenständen zum Genus auf der Stelle, zu 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis. Eine Person wegen Aufbewahrung von Stroh an feuergefährlichem Orte, zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen Verlehung des Haarsrechts, zu 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen Verlehung des Lärms verurtheilt, zu 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen unterlassener Aufzucht ihrer Kinder, jede zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Drei Personen wegen unterlassener Aufzucht des Kindes des Niesteins vor ihren Grundstücken, zu 10 Sgr. resp. 1 Thlr. oder 1 Tag Gefängnis. Drei Personen, weil dieselben unbefugt auf fremdem Grundstück Sand gegraben, jede zu 1 Tag Gefängnis. Eine Person, weil dieselbe ihren 5 Jahre alten Sohn ohne Aufzucht gelassen, zu 1 Thlr. oder 2 Tagen Gefängnis. Eine Person wegen Auflassens einer Keller-Desfussion, zu 1 Thlr. Eine Person wegen unbefugter Verstellung eines Stock-Degens, unter Konfiszation desselben, zu 1 Tag Gefängnis. Eine Person wegen Fehlversorgung der Kleider, unter Konfiszation der zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen Verlehung groben Unfugs, unter Konfiszation der zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. Zwei Personen wegen Verlehung groben Unfugs, unter Konfiszation der zu 10 Sgr. oder 1 Tag Gefängnis. (Pol.-Bl.)

[General-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung am 20. d. M. Abends 8 Uhr im Saale des Tempelgartens. Vorsitzender: Born. Von Hamburg aus ging ein Prospektus hier ein, betreffend die Auswanderung nach Chile und die dastigen Zustände. Folgende Eigenschaften muß ein jeder haben, der sich dort ansiedeln will: Er muß a. verheirathet und ein braver ehrlicher Mann sein; b. ehe er seine Reise nach Chile antritt, Dokumente, zur Beglaubigung, daß er diese Eigenschaften besitzt, aufweisen. Die Arbeiten, welche in Chile leicht einträgliche Beschäftigung finden, sind folgende: Ackerbauer und Holzarbeiter, Schiffsbauer, Zimmerleute, Schneider, Schuhmacher, Bierbrauer, Leute die Flachs- und Hanfbau verfehren, Töpfer, Ziegelsteinbrenner, Seiler u. Leute welche die Zubereitung der Käse kennen.

1 Brief von dem aus Breslau ausgewanderten Schuhmachermeister Möhle d. a. St. Louis 2. Dez. 1855. Möhle beschreibt seine Reise von New-York über Buffalo und Chicago nach Quincy im Staate Illinois, schreibt insbesondere die überaus prachtvollen majestatischen Wasserfälle des Niagara. In Quincy traf er mit dem ihm bestreuten Kras aus Breslau zusammen, arbeitete mit demselben gemeinschaftlich und sein Dienst belief sich in der Woche auf 9—10 Thlr. Nebenbei verdient, wie er sagt, seine Tochter als Pugmacherin wöchentlich ca. 5 Thlr. Möhle's Reisefreude trieb ihn aber bald weiter und zwar nach St. Louis. Dort geht es ihm zwar noch um ein Bedeutendes besser als in Quincy, allein trocknend will er auch dort nicht verbleiben, sondern zieht in diesem Frühjahr hinauf in das Territorium Minnesota. Die älteste Tochter von M., welche in St. Louis als Pugmacherin einen brillanten Verdienst hat, bleibt daselbst zurück und heirathet, wie den hiesigen Freunden angezeigt wird, einen jungen praktischen Arzt, Namens Nirdorf, der in Breslau studirt hat.

Berliner Börse vom 22. Februar 1856.

Fonds-Course.

Freiw. St. An ^{r.}	41	100 ^{1/2}	bez.	
St.-Ant. v.	1850	41	100 ^{1/2}	bez.
ditto	1852	41	100 ^{1/2}	bez.
ditto	1853	41	97 ^{1/2}	Br.
ditto	1854	41	101</	